

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 19. Januar 1933
15. Jahrgang Nr. 16

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wochentl. 42 Pf. + 8 Pf. Postlohn = 50 Pf., monatl. 1,26 RM. + 24 Pf. Postlohn = 1,50 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die schwebelartige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Sammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigenpreis: Die dreifache Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (Wärz 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 50, Fern-
sprecher 48002. Postfachnummer: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50 (Unter-
haus). Fernsprecher 489 02. Druckerei der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Druckort: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuziger
Straße 50, Fernsprecher 43002.

Faschistische Reaktion will neues Verbot der Betriebsrätewahlen! / Siehe im Innern des Blattes

Großagrarien heben offen zum Krieg

Demagogisches Geschrei der „notleidenden“ Großagrarien zum Betrug der armen Bauern / Sie rufen nach Hitler, der ihnen noch größere Profite sichern soll! / Schlesische und ober-schlesische werktätige Bauern! Kämpft im Bündnis mit der Arbeiterschaft, für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik

Entsendet Delegierte zum deutsch-polnischen Freiheitstongress

Breslau, 19. Januar. Im Breslauer Konzerthaus fand gestern anlässlich des 14. schlesischen Landbundsunges eine Kundgebung der schlesischen Junter und Großbauern statt. Diese Veranstaltung stand im Zeichen der mit der kapitalistischen Krise verbundenen Agrarkrise. Sehr deutlich kam aus dem Referat des Reichslandbundspräsidenten Willkens zum Ausdruck, daß die beiden kapitalistischen Flügel, Großindustrie und Agrarindustrie, in gegenseitigem Wettlauf ihre Interessen in den Vordergrund gerückt haben wollen. Obwohl alle kapitalistischen Regierungen die Interessen beider kapitalistischen Flügel wahrgenommen, haben die Großagrarien auf ihrer gestrigen Tagung den Anschein zu erwecken versucht, als wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Die auf dieser Tagung geführten „starken“ Worte gegen die Schleicher-Regierung waren nur demagogisches Geschrei, um die armen Bauern darüber hinwegzutäuschen, daß auch die Schleicher-Regierung nur die Interessen der Großagrarien wahrnimmt. Wir bringen an anderer Stelle unseres Blattes Mitteilungen des Reichs-ernährungsministers von Braun, aus denen recht deutlich hervorgeht, daß die Großagrarien Millionen über Millionen aus den Steuern der arbeitenden Massen geschluckt haben. Die Schleicher-Regierung hat ihre Notverordnung zum Schutz der „notleidenden“ Großagrarien fertiggestellt, die bereits in den nächsten Stunden veröffentlicht wird. Es handelt sich dabei um die Ausdehnung des sogenannten Volksschutzgesetzes. Mit dieser Notverordnung hat die Schleicher-Regierung eine entscheidende Forderung der Großagrarien erfüllt. Die Kleinbauern und Siedler werden in den Volksschutzgesetz nicht aufgenommen, und sind somit schutzlos dem Gerichts-vollzieher ausgeliefert.

Eingehend auf die Kämpfe der Bauernschaft und das Wirken des Freiherrn von Steiu, welchen die Vorgänger der heutigen Reaktionäre den „roten Jacobiner“ beschimpft hatten, kam dieser Landbundsleiter auf Hitler zu sprechen, wobei klar zum Ausdruck kam, nach welchem „harten Mann“ sich die Großagrarien sehnen.

Hierzu erklärte er folgendes:
„Daß auch in der heutigen Zeit der wahre deutsche Volksführer Adolf Hitler, wie der ehemalige Freiherr von Steiu von jenen selben Volkskreisen als Volksherr beschimpft wurde, weil er die Aufgabe seiner Zeit in der Befreiung der deutschen Handarbeiter erkannt hat und zum Wohle des gesamten deutschen Volkes hoffentlich bald durchzuführen wird.“

Die Großagrarien schreien nach Hitler, weil sie im sogenannten „Dritten Reich“ die Möglichkeit sehen, ihre Lohnsklaven noch brutaler ausbeuten zu können, um ihre Profite zu steigern. Daß durch Hitler die Not der armen Bauern in keiner Weise gelindert wird, das haben uns die Nazi-Regierungen in Ostpreußen, Braunschweig usw. zur Genüge bewiesen. Wir erinnern nur an die Einführung der Schlichtersteuer durch die ostpreussische Nazi-Regierung, die den Kleinbauern empfindlich traf.

Für die Arbeiter, Kleinbauern, Mittelständler, Angestellten und kleinen Beamten dürften die nachstehenden Ausführungen des Reichslandbundspräsidenten Willkens von besonderem Interesse sein. Dieser Faschist führte bei der Behandlung der Siedlungsfrage u. a. folgendes aus:

„Die Siedlungsmöglichkeiten auf dem heutigen deutschen Raume werden nie dazu genügen, die heutige deutsche Arbeitslosigkeit großzügig zu bekämpfen. Für die durch den Verlust des Weltmarktes frei gewordenen Kräfte muß das deutsche Volk gewillt sein, sich neues Siedlungsland im Osten dazu zu nehmen; allerdings ohne liberale Schwäche vor sogenannten Menschenrechten, ohne die bisherigen slawischen Bewohner.“

Das ist das offene Bekenntnis zum imperialistischen Raubkrieg, nicht zuletzt gegen die Sowjetunion. Der deutsche Imperialismus, das kommt hier unverhüllt zum Ausdruck, will die Krise mit einem neuen imperialistischen Krieg lösen. Gegen diese imperialistische

Kriegsgehe — die bürgerlichen Zeitungen haben die vorher angeführten Ausführungen von Willkens förmlich unterschlagen — müssen die arbeitenden Schichten in Stadt und Land wie ein Mann aufstehen und diesen imperialistischen Kriegsgehern in den Arm fallen. Auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze brodelt die wüsteste chauvinistische Kriegsberührung. Deshalb appellieren wir mit allem Ernst, nicht nur an die Arbeiter, sondern auch an die werktätige Bauernschaft, sich in gemeinsamer Einheitsfront gegen Kriegsgefahr, Faschismus und Versailles Raubsystem zusammenzufinden. Auf dem am 29. Januar stattfindenden Freiheitstongress müssen auch die schlesischen und ober-schlesischen werktätigen Bauern durch Delegierte vertreten sein. Auf diesem Freiheitstongress muß dadurch das Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern Deutschlands und Polens gegen die faschistische Schleicher- und Pilsudski-Diktatur manifestiert werden. Es gibt auch für die Bauernschaft nur einen Weg zur nationalen und sozialen Befreiung:

Die Beseitigung des Kapitalismus, den Sieg der Arbeiterklasse verbunden mit den armen Bauern, die Arbeitermacht im Bündnis und den Aufbau des Sozialismus nach dem heldenhaften Beispiel der Sowjetunion.

Die Angst vor dem Kommunismus kam auch auf der Landbundsung zum Ausdruck. Der schlesische Landbundsleiter, der Rittergutsbesitzer von Rohr-Wange, hat den Pressevertreter folgendes erklärt:

Neuer Abbau der Mu geplant

Naziführer stimmen für den Abbau, gegen Erhöhung der Unterstützung

Berlin, 19. Januar. (Eig. Drahtber.) In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages machte der Reichsarbeitsminister Syrup die Mitteilung, daß die Regierung beabsichtigt, die „Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe“ herbeizuführen. Schon in den nächsten Tagen werde das Kabinett die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Es handelt sich bei dem Plan um einen neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung soll vor jedem Unterstützungsbezug verschärft durchgeführt werden. Alle Unterstützungsätze werden auf das Niveau der Wohlfahrtsunterstützung gesenkt. Selbst der Zentrumsführer und frühere Reichsarbeitsminister Braun mußte zugeben, daß die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung auf eine Beseitigung der Arbeitslosenversicherung hinausläuft.

Die Regierungspläne bedeuten Marm für alle Arbeitslosen und alle Werktätigen. Die Kommunisten fordern, daß die Papen-Rotver-

„... daß die Landwirte derart radikalisiert seien, daß ein Umschlag des Kommunismus auf dem Lande zu befürchten sei. Finde der Kommunismus, wozu sich Anzeichen bereits bemerkbar machen, erst einmal auf dem Lande Wiberhalt, so sei diese Bewegung nicht mehr einzudämmen. Der Landbund sehe seine Aufgabe darin, den Radikalismus der Bauern so zu leiten, daß er Nutzen stiftet, und sich nicht in Revolten Luft mache.“

Das Umschlag des Kommunismus auf dem Lande ist nicht mehr aufzuhalten. Die große Not der armen Bauern auf der einen Seite und das luxuriöse Leben der Großagrarien auf der anderen Seite bringt dem armen Bauern immer mehr zum Bewußtsein, daß nicht die Kommunisten, sondern die Großagrarien ihre Feinde sind. Deshalb müssen wir Kommunisten unsere Aufklärungsarbeit unter diesen Schichten verstärkt führen. Wir Kommunisten müssen noch mehr rote Landpartei abhalten, an denen das letzte Parteimitglied mitwirkt. Wir müssen die notleidenden Bauern den Klauen der Kriegsküsterer und bauernfeindlichen Junter entreißen — die die kampfbereiten armen Bauern nur für ihre Zwecke einspannen — und sie für ein Kampfbündnis mit der Arbeiterschaft gewinnen.

Nur der Weg, wie ihn die russischen Bauern gemeinsam mit den Arbeitern beschritten haben, führt die armen Bauern auch in Deutschland aus Not und Elend. Die Arbeiter- und Bauernrepublik wird der Krise und Not der armen Landbevölkerung ein Ende bereiten.

ordnung gegen die Arbeitslosen aufgehoben wird, daß die Unterstützungsätze erhöht werden, daß endlich die Winterhilfe von 50 Mark für jeden Arbeitslosenunterstützungsempfänger und Zuschläge für Angehörige bewilligt und daß an die Arbeitslosen kostenlos Kohlen und Lebensmittel gegeben werden. Alle diese Anträge lehnen die kapitalistischen Parteien, einschließlich der Nazis, ab. Als gestern im Sozialpolitischen Ausschuss über einen sozialdemokratischen Antrag abgestimmt wurde, der lediglich die Aufrechterhaltung der bisherigen Unterstützungsätze fordert, stimmten die Nazivertreter gegen diesen Antrag, der damit auch abgelehnt wurde. Die Naziführer helfen der Schleicher-Regierung bei neuem Abbau der Arbeitslosenunterstützung, die der Reichsarbeitsminister Syrup, der Vertrauensmann der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer, betreibt. Es gilt, liberal Massenprotest zu erheben, um den Kampf um höhere Unterstützung, um Winterhilfe, um Brot, Kartoffeln und Kohlen auf der ganzen Linie zu verstärken.

Hitler verhandelt mit Thyssen

Geraubter Lohn fließt in die Kassen der Hitler-Partei

Berlin, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Dienstwohnung des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Ferritrafen sich gestern der Schwerindustrielle Thyssen und Hitler. Es wurden die Pläne gegen die Arbeiterschaft und die Finanzierung der NSDAP. besprochen. Gleichzeitig wird bekannt, daß in einem gerichtlichen Ermittlungs-

verfahren wegen Devisenschlebung der Prinz von Henberg zugegeben hat, daß er bei den Schwerindustriellen für die Hitlerpartei 250 000 Mark gekammelt hat und auf dem Umweg über Paris in die Nazi-Kasse leiten wollte. Die Gelder, die die Thyssen und Konjorten den Arbeitern vom Lohne abgezogen haben, werden zu Tausenden von Mark in die Hitlerpartei geleitet.

Heute Propagandamarsch der „Eisernen Front“-Führer für die Schleicher-Leipart-Politik

Sonnabend, 20 Uhr: Massenaufmarsch aller Antifaschisten Breslaus im Zirkus Busch

Sozialdemokratische Arbeiter! Wir fragen euch: Wollt ihr für Schleicher und seine arbeiterteindliche Politik demonstrieren? Nein! **Darum marschiert mit uns** gegen Schleicher und seine Stützen, gegen den Mordfaschismus, für die Zuruckerobung der alten Löhne und Unterstützungen, für Arbeit, Brot und Freiheit für den Sieg des Sozialismus!

Streiktag der Breslauer Bauarbeiter

Breslau, 19. Januar. Der wochenlang geführte Bauarbeiterstreik ist erfolgreich beendet worden. Die Arbeit wird bei den bestreikten Firmen wieder aufgenommen, und es wird wieder der vor dem Streik übliche Lohn von 92 Pfennig pro Stunde — statt 82 Pfennig, wie die Unternehmer forderten — gezahlt. Dieser Streiktag war nur möglich, weil wochenlang die Bauarbeiter ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen und politischen Zugehörigkeit in revolutionärer Einheitsfront kämpften. Eine Ausnahme bildeten auch diesmal wieder die Kapitalistenrechte vom Stahlhelm und der Hitlerpartei.

Dieser Streiktag ist eine weitere Bestätigung dafür, daß man auch in Zeiten der Krise siegreich Lohnraub abwehren kann. Und dieses leuchtende Beispiel ist wegweisend für alle übrigen Belegschaften, die heute noch auf dem Grund der Papen-Notverordnung brutal gefoltert werden, arbeiten. Für diese Belegschaften steht als Aufgabe die sofortige Organisierung und Aufnahme des Kampfes um den alten Lohn. Galtet Betriebsversammlungen ab, wählt Lohnkommissionen mit dem Auftrag, daß sie vom Unternehmer akkumulativ die sofortige Zahlung des alten Lohnes fordern. Bei Ablehnung des Ultimatums entrollt die Fahne des Streikkampfes.

Nazi-Kerl hilt Hugenbergs Fahne

Zum 18. Januar, dem Tag der Kaiserkrönung, ließ der preußische Nazi-Landtagspräsident Kerl auf Antrag der Hugenberg-Fraktion eine schwarz-weiß-rote Flagge auf dem Landtagsgebäude hissen. Ein Antrag, diese monarchistische Provokation rückgängig zu machen und die Kaiserflagge einzuziehen, wurde abgelehnt, weil ein großer Teil der SPD-Fraktion sich nicht an der Abstimmung beteiligte.

Millionen über Millionen für die Junter

Gemäß einer Forderung des Haushaltsausschusses des Reichstages sollte der Reichsernährungsminister von Braun am Dienstag Bericht über die Dithilfe erstatten. Braun machte in der Tat Angaben, aber nicht etwa gefordert für die Klein- sowie die mittelbäuerlichen Betriebe und auf der anderen Seite für die großbäuerlichen und Junker-Betriebe, sondern er „berichtete“ über Zuwendungen bei Betrieben, „bis 100 Hektar“, von 100 bis 500 Hektar und über 500 Hektar. Aus einer solchen Zusammenstellung ergibt sich nicht, was die Kleinbauern bekommen haben, die nur über wenige Hektar verfügen.

Aus den Mitteilungen Brauns ging hervor, daß bis 31. Dezember 1932 im Dithilfegebiet entschuldigt wurden (die Prozentzahlen beziehen sich auf die entschuldigten Betriebe):

bei Betrieben:
bis 100 ha 11 748 Betriebe mit 227 790 ha (= 94,2 % der Grundfläche)
100—500 ha 531 Betriebe mit 128 859 ha (= 22,5 % der Grundfläche)
über 500 ha 191 Betriebe mit 415 380 ha (= 37,6 % der Grundfläche)

An Entschuldigungsarbeiten wurden bewilligt:

bei Betrieben:
bis 100 ha 11 749 Betriebe mit 227 790 ha = 58,8 % der Gesamtfläche
100—500 ha 531 Betriebe mit 128 859 ha = 21,5 % der Gesamtfläche
über 500 ha 191 Betriebe mit 415 380 ha = 24,4 % der Gesamtfläche

Selbst aus dieser vernebelten Darstellung Brauns ist zu ersehen, daß die Junter und weiter die Großbauern die größten Sappen geschluckt haben. Die Kleinbauern, dieser Schluß drängt sich auf, haben so gut wie nichts bekommen.

Millionen aus den Steuern der hungernden Massen wandern in die Taschen der Großagrarien. Das ist die Politik, die von der SPD-Regierung Müllers über Brüning und Papen geführt wurde und heute von der Schleicher-Diktatur unterstützt, von der Hitlerpartei sowie von der Sozialdemokratie fortgesetzt wird.

Magistrat will Erwerbslosen ermitteln

Wien. Ein Arbeiter aus Wien stellte Anfang September vorigen Jahres den Antrag, auf Erlass der Hauszinssteuer an den Magistrat Wien, weil derselbe mit einer fünfköpfigen Familie wohnhaft ist, möge die Hauszinssteuer bald erlassen werden, und er nicht die volle Miete (20,00 Mark) zu zahlen braucht, so hatte er sich getäuscht. Der Mieter geriet immer mehr in Rückstand, aber ein Bescheid vom Magistrat zu Wien kam nicht. Inzwischen arbeitete der Arbeiter ein

paar Stunden in der Woche mehr und verdiente dementsprechend auch etwas mehr. Das hat sofort der Magistrat zu Wien gerufen, denn nun kam auch der so sehr ersehnte Bescheid. Am 9. Januar d. J. wurde der Arbeiter abschlägig beschieden, weil sein Einkommen die Unterhaltungsfrage aus öffentlichen Mitteln übersteigt. Dazu brauchte man also vier Monate! Nun hat der Arbeiter für den Monat Dezember noch keine Miete bezahlt und derselbe Magistrat zu Wien, als Hausbesitzer fordert den Arbeiter auf, binnen drei Tagen die Miete zu bezahlen, anderenfalls Räumungsfrage erhoben wird. Der Magistrat Wien braucht vier Monate, um einen Bescheid zu geben und ein Arbeiter soll in der Lage sein, binnen drei Tagen eine Monatsmiete irgendwoher zu bekommen. Da dies dem Arbeiter einfach nicht möglich wird, soll er also ermittelt werden! Was sagen die Wiener Arbeiter dazu?

Der Kampf in der Offensive

In Siebzig wurde durch die Aktivität eines Herrschers Kameraden eine Ortsgruppe aufgezogen. 13 mehrfache Antifaschisten geloben, den wehrhaften ideologischen Massenkampf zu führen, zur Gewinnung der Proleten aus den gegnerischen Wehrorganisationen.

Kameraden, bleibt in der Offensive und kämpft in harter und jäher Kleinarbeit um die Mehrheit der Arbeiterklasse, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Erfolgreicher Großwerbetag für die „Arbeiterstimme“

Im Culengebirge, Glaser und Neuroder Bergland an einem Tag 140 Abonnenten gewonnen. Genossen, verstärkt in allen anderen Verbreitungsgebieten die Werbearbeit für Partei und Presse!

Im Verbreitungsgebiet der „Arbeiterstimme“, dem Organ der Arbeiter und Werktätigen im Culengebirge, Glaser- und Neuroder Bergland, hat am Sonntag ein erfolgreicher Großwerbetag im Rahmen eines Lenin-Liebhaber-Luxemburg-Aufgebots stattgefunden. Der Erfolg des einen Tages sind 140 Abonnenten.

Die unteren Parteiorganisationen müssen auf Grund dieses erfolgreichen Großwerbetages in allen übrigen Verbreitungsgebieten unserer Zeitung die Werbearbeit für Partei und Presse organisieren und durchführen. Bei der Werbung neuer Mitglieder für die Partei ist das Schwergewicht dieser Arbeit auf die Gewinnung von Betriebsarbeitern zu legen.

Faschismus, Judentum, Proletariat

Breslau. Die „Volkswacht“ berichtete Ende Dezember unter der Überschrift „S. L. Führer im Dienste der Juden“ folgendes: Der jüdisch-zionistische Wehrverband „Brit-Drumpler“ hat eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere als Instrukteure eingestellt. Unter ihnen befinden sich nach den Mitteilungen des Berliner politischen Pressebüros Offiziere, die bisher der S. L. als Unterführer angehört haben.

Der „Brit-Drumpler“ ist ein in Palästina bestehender jüdisch-nationaler Wehrverband, der die jüdische Jugend der besitzenden Klassen gegen das arabische Proletariat und gegen das eigene jüdische Proletariat „erleuchtet“. Diese jetzt im „Drumpler“ die Söhne der kapitalistischen jüdischen Bourgeoisie instruierenden S. L. Offiziere haben vorher in Deutschland ihre Nazijünglinge gegen die Juden gedrillt.

Wir haben bereits in unserem Artikel über Professor Cohn und die „nationale Konzentration“ die internationale Verbundenheit auch des jüdischen Großkapitals mit dem Faschismus bewiesen. Nun kommt noch dieser Fall hinzu, für den wir der „Volkswacht“, die es



Sieben erschienen: Preis 10 Pfennig.

Marxismus — Leninismus

Aus dem Inhalt: Was ist Marxismus. — Die Definition von Stalin. — Die Leninische Theorie des Imperialismus. — Die Wiederherstellung der marxistischen Staatstheorie. — Die Marx-Leninische Lehre von der Partei. — Die Leninistische Strategie und Taktik der Revolution. — Die Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur.

Kommunisten kämpfen gegen Fürsorgegreuel

Einführung eines Untersuchungsausschusses beantragt

Berlin, 18. Januar. Der Bundtag ist am Dienstag zu einer ersten Tagung im neuen Jahr zusammengetreten. Zur Tagesordnung standen eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen und Anträge der Parteien. Der wichtigste davon ist ein Antrag der Kommunisten, der unter Hinweis auf die besonders in dem bekannten Scheuen-Projekt zutage getretenen grauenvollen Zustände in den preussischen Fürsorgeerziehungsanstalten und die schauerliche Behandlung von Fürsorgezöglingen, die im Herbst vorigen Jahres im Erziehungsheim Schloß Dehrn zu einer Revolte führte, die Einführung eines Untersuchungsausschusses verlangt. Außerdem soll die Regierung beauftragt werden, die Strafverfolgung der Erzieher der Anstalt Schloß Dehrn einzuleiten und alle Strafmaßnahmen, die aus Anlaß der dortigen Revolte gegen Zöglinge getroffen wurden, sofort rückgängig zu machen.

Genosse Schwenk führte zur Begründung des Antrags aus, daß alle seit Jahren von den Kommunisten geführte heftige Kritik der Zustände in den Fürsorgeerziehungsanstalten und alles Brandmarken der schauerlichsten Fürsorgegreuel nicht vermocht haben, eine Veränderung in der preussischen Fürsorgeerziehung herbeizuführen. Jede Woche kommen neue Fürsorgefälle ans Tageslicht. Deshalb müsse endlich einmal der Fürsorgestand in Preußen durch einen Untersuchungsausschuss eine gründliche Durchleuchtung erfahren.

Frau Wachenheim von der SPD. erklärte, ihre Partei sei der Meinung, daß für eine Untersuchung des Falles Dehrn kein Anlaß mehr bestehe. Sie halte es auch nicht für angebracht, Fürsorgeerzieher und Zöglinge vor einen Bundtagsausschuß zu laden. Trotzdem wolle die SPD. aber der Einführung eines Ausschusses nicht widersprechen.

Genosse Fischer

zeigte in einer kurzen markanten Rede die Zustände in den Fürsorgehöhlen des kapitalistischen Staates auf. Das heutige System mit seinen neun Millionen Erwerbslosen kann insbesondere den jungen Proletariatskinder Arbeit und Existenzmöglichkeit mehr bieten. Ueber eine Million jugendliche Arbeiter liegen erwerbslos auf der Straße. Zwangsarbeitsdienst, Zwangsarbeitsdienst, Militarisation der Jugend sind die Maßnahmen, die die herrschende Klasse gegen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen anwendet. Nach Auffassung des Herrn von Papen, des Freundes des Herrn von Schleicher, sollen nicht private Weltanschauungen, sondern der christliche Glaube die Grundlage zur Erziehung sein. Eltern, die diesen Erziehungsgrundsatz nicht anerkennen, soll die Erziehungsbehörde genommen werden. Die „Grundsätze des christlichen Glaubens“ werden heute dazu benutzt, um junge Arbeiter, die sich gegen Unterdrückung auflehnen und für ihre Rechte kämpfen, der Zwangsfürsorge zu überweisen. Nach der Statistik waren im Jahre 1931 in Preußen nicht weniger als 50 522 Minderjährige in Fürsorgeerziehung.

treiben die Jugendlichen immer mehr zur Verzweiflung. Es häufen sich die Selbstmorde und Selbstmordversuche in den Fürsorgehöhlen. Duzende von Briefen an die kommunistische Fraktion bestätigen, daß sich ein großer Teil der Zöglinge ständig mit Selbstmordgedanken trägt. (Hört, hört! bei den Komm.) Erst vor vierzehn Tagen haben sich die jungen Arbeiter in der Anstalt Waldböden-Teuplin gegen die unerhörten Drangsale auflehnt. Diese Anstalt stand erst im vorigen Jahre im Mittelpunkt eines großen Erziehungsprozesses. Diese Zustände zeigen, daß es höchste Zeit ist, daß die gesamte Jungarbeiterenschaft Schulten an Schulten mit der erwachsenen Klassenbewußten Arbeitererschaft in außerparlamentarischer Front den Kampf gegen diese Stände aufnimmt, die unter sozialdemokratischer Regierung ins Kraut schießen und jetzt mit aktiver Unterstützung der Nationalsozialisten ihre Förderung erfahren. (Beifall bei den Komm.) Die Abstimmung über den Antrag erfolgt am Mittwoch.

So verrät die SPD. den Marxismus!

SPD.-Sollmann für „Volksstaat“ und Weimarer „Demokratie“

Der SPD.-Führer Sollmann stellt gemäß dem Bericht der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ vom 18. 1. 1933 in Köln eine „programmatische Rede“. Wir stellen hier Sollmanns Ausführungen gegenüber dem, was Marx und Engels lehrten:

SPD.-Sollmann: „Der soziale Volksstaat war die Morgengabe der Revolution (1918) ... In Deutschland bleibt die Demokratie die einzige Möglichkeit für die Volksmassen, sich Macht im Staat und in der Wirtschaft zu erkämpfen. ... Die Schwärmer einer „Diktatur des Proletariats“ können von den zerrörten Illusionen der Hitlerer lernen. ... Die Weimarer Verfassung bietet alle Möglichkeiten (für die Arbeiter) ... streng im Rahmen der Verfassung eine Herrschaft auszuüben.“ (Rheinische Zeitung.)

Sollmann nennt also die Weimarer Republik einen „Volksstaat“, „sozialen Volksstaat“, um den Arbeitern zu verbergen, daß die bürgerliche „Demokratie“ nur der Wandel für die herrschende Kapitalistenklasse ist. Sollmann schwärmt, daß die Arbeiter den kapitalistischen Staat ein- und übernehmen und die kapitalistische Wirtschaft demokratisch in den Sozialismus „umbauen“ zu können. Sollmann erachtet sich, die Diktatur des Proletariats auf eine Stufe mit Hilfers Diktatur Reich zu stellen und so Marx zu verraten. Demgegenüber ist der Standpunkt von Marx und Engels, daß der Staat das Organ der herrschenden Klasse und daß der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus, zum Kommunismus, über die Diktatur des Proletariats führt.

Die SPD. ist eine antimarxistische, bürgerliche Partei, die Eigentum des Kapitals im Lager der Arbeiter; sie verrät den Marxismus und die „marxistische“ Waise, die die SPD. zum Grundgesetz ansetzen will, ist eine nichtmarxistische Marx-Schwärmer. Die einzige marxistische Partei ist die kommunistische Partei, die allein die Fahne des Marxismus und Leninismus führt.

RUND UM DEN ERDBALL

Im roten Blitzlicht

Abrüstung

Wie aus Paris gemeldet wird, hat die französische Regierung in Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz einen Ausschuss zur Kontrolle der Herstellung und des Handels mit Waffen eingesetzt. Diesem Ausschuss gehören an: die führenden Generale des französischen Generalstabs, die französische Abordnung bei der Abrüstungskonferenz in Genf sowie der Generalsekretär der reformistischen Gewerkschaften, Jouhaux.

Schon aus der Zusammenlegung dieses Ausschusses ist es klar, in welcher Art diese „Abrüstung“ durchgeführt wird.

Ruhrbesetzung hüben und drüben

Anlässlich des 10. Jahrestages der Besetzung des Ruhrgebietes fanden in Essen und in vielen anderen Städten nationalistiche Kundgebungen statt, die in einem Gottesdienst ihren Höhepunkt fanden.

Aber auch jenseits des Rheins wurde dieses Ereignis gefeiert. In Straßburg fand ein feierlicher Gottesdienst statt, dem eine große Militärparade folgte. Es wurden patriotische Reden gehalten und an verschiedene Generale, die die Besetzung des Ruhrgebietes leiteten, Auszeichnungen verteilt.

Man sieht bei den Nationalisten hüben und drüben der gleiche Geist und auf beiden Seiten der gleiche Gottesdienst.

Preußische Regierungskrise?

Viele werden wohl schon vergessen haben, daß es in Preußen noch was wie ein Kabinett Braun gibt. Was dieses Kabinett tut, welches seine Funktionen sind? Die wichtigsten, zunächst einzigen, sind die, daß die Minister regelmäßig ihre immerhin sehr beträchtlichen Gehälter abbolen. Nun meldet die „Vossische Zeitung“, daß der Finanzminister im Kabinett Braun, Klepper, die Absicht habe, zurückzutreten: nicht vom Gehalt, sondern vom Titel.

Also eine ernste Regierungskrise. Es bleibt nur die Frage, ob durch eine solche Lücke sich nicht staatsrechtliche Verwicklungen ergeben. Es heißt, daß Braun auf der Suche nach einem Ersatz für Klepper ist.

Kurz und gut, man sieht: das Kabinett Braun lebt.

Abwärts und Aufwärts

Im Jahre 1929 betrug die amerikanische Automobilherzeugung 5 496 000 Stück, im Jahre 1931 wurden 2 348 000 Stück erzeugt, und im Jahre 1932 nur noch 1 323 000. Also im Verlauf von drei Jahren ist die Produktion auf ein Viertel gesunken.

Im Jahre 1932 wurden allein im Staate Newyork 28 Menschen auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet: dreimal so viel als im Jahre 1929.

Arbeitslosigkeit in Italien

Wie eine amtliche italienische Statistik mitteilt, ist in Italien die Zahl der Arbeitslosen vom Monat November vorigen Jahres bis zum 1. November dieses Jahres von 1 038 757 auf 1 929 654 gestiegen. Von diesen erhalten nur 298 000 eine kleine Unterstützung.

Es wird rühmend hervorgehoben, daß der Faschismus die italienischen Massen zu einem solchen Grade von Genügsamkeit gebracht hat, daß der größte Teil der Erwerbslosen nur von trockenem Brot und bestenfalls noch von rohem Gemüse lebt.

Er hat's nicht gewußt

Dem Wiener Nazi-Führer Frauensfeld wurde vorgeworfen, daß er ein Buch verfaßt und dieses Buch dem jüdischen Bankdirektor Sieghard gewidmet hat. Der Nazi-Führer verklagte den betreffenden Redakteur, der ihm diesen Vorwurf machte, bei Gericht. Und bei Gericht erbrachte der Redakteur den Wahrheitsbeweis, wobei er noch erklärte, daß es zur besonderen Spezialität des Nazi-Führers gehört, Pornographie zu schreiben.

Daraufhin trat der Nazi-Führer Frauensfeld bei Gericht den Rückzug an, mit der Erklärung, daß er erstens nicht gewußt habe, daß der betreffende Bankdirektor Jude sei, und zweitens was er auch nicht das genügende Empfinden dafür gehabt, was Pornographie sei und was nicht. Leo.

Der große Dufresne-Standal, der Anfang v. J. ausgebrochen war, findet in mehreren Etappen sein gerichtliches Nachspiel. Dem ehemaligen französischen Finanzkönig werden eine ganze Reihe von Vergehen vorgeworfen, wegen der er sich sowohl vor dem Schwurgericht wie vor der Strafkammer zu verantworten hat. Montag standen Verhöre gegen das geltende Recht bei der Verurteilung der Dufresne-Bank und Vertrauensbrüche zur Verhandlung. Das Urteil ist Ende der Woche zu erwarten.

Die argentinische Regierung hat das Ständerecht in ganz Argentinien durch eine neue Verordnung auf unbestimmte Zeit verlängert.

Die portugiesische Regierung hat den 29 in Lissabon eingetroffenen spanischen Monarchisten, die von der Strafkolonie Billa Cisneros entflohen waren, bereitwillig Gastfreundschaft angeboten.

Die Leningrader Hafenverwaltung erhielt einen Funkspruch des Eisbrechers „Lenin“. Danach besteht die Hoffnung, daß der Eisbrecher „Malgja“ in drei bis fünf Tagen flottgemacht und nach Spitzbergen gebracht werden kann.

In Kopenhagen ist eine Influenzaepidemie im Anzuge. Während in der ersten Januarwoche kaum 250 Fälle angezeigt waren, ist die Zahl von Erkrankungen in der jetzigen Woche bereits auf über 1700 Fälle gestiegen. Man befürchtet bei dem plötzlichen Winterwetter eine weitere Zunahme der Erkrankungen.

Selbstmord mit Gasexplosion

Der Selbstmord des Spandauer Privatdozenten Dr. Schulte — Wirtschaftliche Not treibt einen Gelehrten in den Tod

Berlin, 18. Januar. Gegen 3 Uhr morgens hat sich in dem Hause Hohenzollernring 118 in Spandau eine schwere Gasexplosion ereignet, die durch einen Selbstmordversuch des Privatdozenten Dr. Robert Werner Schulte hervorgerufen wurde. Die Feuerwehr war bis in die Morgenstunden an dem Ort des Unglücks, der durch Explosion ein Bild völliger Verwüstung darbot, mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Die Bewohner des Hauses befanden sich in tiefem Schlaf, als sie plötzlich durch eine ungeheure Detonation, die das ganze Haus erschütterte, aufgeweckt wurden. Fensterstößen stürzten, die Mauern erzitterten, und nur notdürftig beschilderter flüchteten die Bewohner voller Schrecken in die eiserne Winterfalte.

Kurz darauf wurde festgestellt, daß eine Gasexplosion in der Wohnung Dr. Schultes die Erschütterung des Hauses hervorgerufen hatte. Einige Hausbewohner faßten Mut und verließen sich, nachdem andere die Feuerwehr alarmiert hatten, Eintritt in die Wohnung.

Dort bot sich ihnen ein furchtbares Bild der Verwüstung. Die Wand, die die Wohnung Dr. Schultes von der seines Nachbarn trennt, war eingestürzt, die Fensterstößen mit den Kreuzen herausgerissen und 30 Meter weiter bis zu dem Nachbargrundstück durch den ungeheuren Druck fortgeschleudert worden.

Am Boden lag, durch schwere Verletzungen fast unkenntlich, der Privatdozent. Während man noch damit beschäftigt war, ihm in seinem furchtbaren Zustand Hilfe zu bringen, erfolgten immer wieder kleinere Explosionen und an allen Stellen des Zimmers, in dem er sich das Leben zu nehmen versucht hatte, schlugen die Flammen empor.

Nur unter Lebensgefahr gelang es den beherzten Hausbewohnern, Dr. Schulte aus dem gefährdeten Raum fort und in Sicherheit zu bringen. Dann mußten sie warten, bis die Feuerwehr wenige Minuten später eintraf und sich an die Arbeit machte, die Gefahr zu beseitigen und dem Dozenten die erste Hilfe zu bringen.

Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich so schwierig, daß die Wehr noch Verstärkung heranziehen mußte. Der Schwerverletzte wurde von der Feuerwehr ins Spandauer Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist äußerst besorgniserregend und man zweifelt, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

Dr. Robert Werner Schulte hat die Tat wegen wirtschaftlicher Not begangen. Er war Doktor der Medizin und praktischer

Psychologe. Ursprünglich hatte er eine ausgedehnte Privatpraxis, die schließlich immer mehr zusammenschumpfte, so daß er sich mehr auf die Dozenten- und journalistische Laufbahn warf. So war er Leiter des Psychologischen Instituts der Preussischen Hochschule für Leibesübungen und Abteilungsleiter für Psychotechnik, Sport und Lebenskultur an der Humboldt-Hochschule.

Es gibt kaum eine große wissenschaftliche Zeitschrift, die sich nur irgendwie mit dem Gebiet der psychotechnischen Forschung befaßt, an der Dr. Schulte nicht mitgearbeitet hat. Er war eine anerkannte, in Fachkreisen außerordentlich geschätzte wissenschaftliche Persönlichkeit, die nur in der Abseitigkeit ihres Forschungsgebietes weniger die Öffentlichkeit zum Schluß interessieren konnte.

Dr. Schulte kämpfte in der letzten Zeit sogar mit Nahrungsmangel, und auch sein Schwager, der einzige Angehörige, den er noch besitzt, der ordentliche Professor Dr. phil. und Dr. jur. Heinrich Schmidt an der Universität in Graz, konnte ihm nur geringe Unterstützung zukommen lassen, um so mehr, als Dr. Schulte ungern anderen von seiner bedrückenden Not Mitteilung machte. Dr. Schulte war Junggeheile.

Heute früh 4 Uhr ist Dr. Schulte, 35 Jahre alt, seinen Verletzungen erlegen.

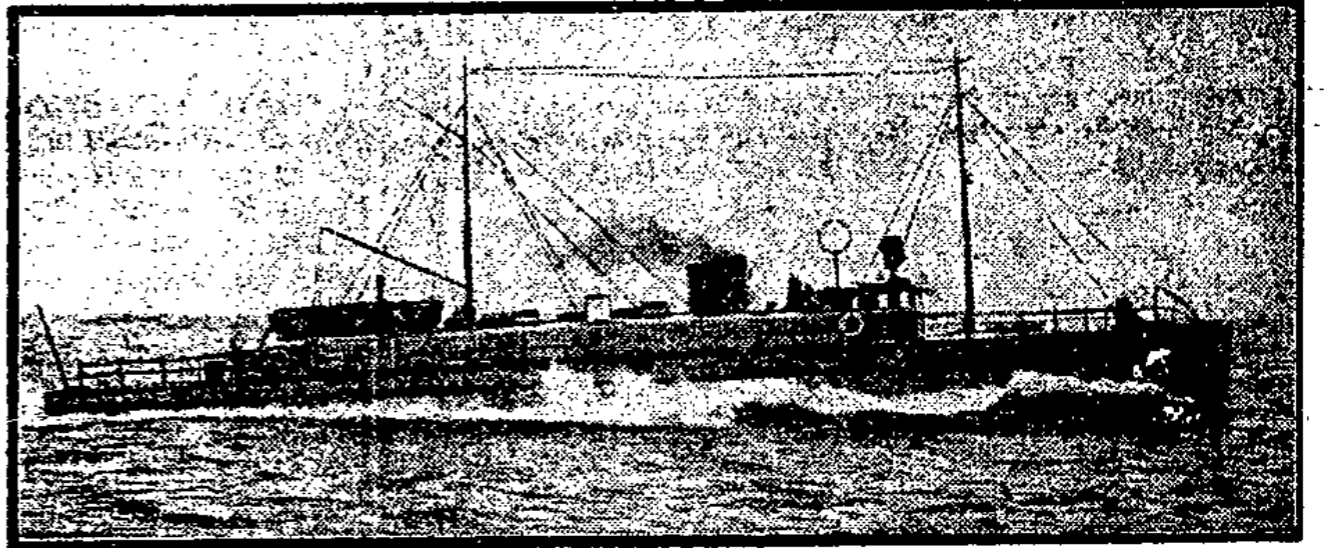
Wir berichten über diesen Fall aus folgendem Grunde so ausführlich: Aus Not getrieben, greifen in Deutschland Unzählige zum Selbstmord; unter ihnen auch viele Arbeitslose, von den täglichen Sorgen zermürbt. Der Selbstmord ist kein Ausweg, Anschlag an die kämpfende revolutionäre Arbeiterschaft ist der einzige Weg.

Der Fall des Dozenten Dr. Schulte beweist, daß im kapitalistischen Deutschland auch die früher von der Bourgeoisie ein wenig privilegierte Schicht der Intellektuellen vom allgemeinen Untergang ergriffen worden ist. Auch diese Schicht ist unter das Mühlrad der Krise gelangt und wird zermalmt. Auch für sie gibt es nur einen Ausweg: den Kampf im Verein mit der Arbeiterklasse für ein freies, sozialistisches Deutschland.

In der Esmarckstraße 1 erhängte sich gestern der 39jährige Architekt Arthur Rudow, der Inhaber eines Baugeschäftes, wegen wirtschaftlicher Sorgen.

Mit Kreuzern gegen Schmuggler

Das Reichsfinanzministerium hat kürzlich den hier abgebildeten Zollkreuzer „Brummer“ in den Dienst gestellt. Und trotzdem nimmt der Schmuggel zu, weil er in den wahnsinnigen Zöllen im Interesse der Junker seine Ursache hat.



„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“

Eine Kundgebung lutherischer Pastoren in Altona — Glaube an Frieden, an eine bessere Ordnung und an eine klassenlose Gesellschaft sei ein Verstoß gegen die Religion

Wohl kaum je zuvor hat es soviel Elend und Not gegeben wie in der gegenwärtigen Zeit. Viele dutzende Millionen Menschen in der ganzen Welt leben in Hunger und Not. Die Erwerbslosigkeit hat nie geahnte Dimensionen erreicht. In China und Südamerika mütet der Krieg mit all seinen Graueln und Schrecken. In der ganzen Welt geht das Kapital mit den brutalsten Mitteln gegen die Arbeiter vor, werden die Löhne auf ein Minimum herabgedrückt.

Gleichzeitig vollzieht sich in allen Ländern ein Radikalierungsprozeß unter der gesamten werktätigen Bevölkerung, wächst der Drang von hunderten Millionen nach Ueberwindung dieser Ordnung, die ihnen nur Not und Elend gewährt, nach der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft nach dem Muster der Sowjetunion, einer Gesellschaft, die Arbeit und Brot für alle sichert, die Kriege und deren Folgen unmöglich macht.

Welche Stellung nimmt die Kirche zu diesen Ereignissen ein? Lassen wir die berufenen Diener der Kirche, die Pastoren, selbst sprechen. In Altona tagte eine Pastorenkonferenz und faßte Beschlüsse, von denen wir den folgenden Abschnitt wörtlich wiedergeben:

„Wir verwerfen darum entschieden den Traum von dem kommenden irdischen Weltreich der Gerechtigkeit, des Friedens und der allgemeinen Wohlfahrt in all seinen Abarten. Wir sehen aber aus Parteiäuberungen mancherlei Art, daß dieser Traum noch nicht ausgeträumt ist. Mag man nun an ein kommendes irdisches Reich des Friedens und der Sicherheit aller Völker oder an eine klassenlose Gesellschaft ohne Hunger, Mühsal und Leid, oder an einen nationalen Zukunftsstaat völliger Gerechtmäßigkeit und Artnäßigkeit glauben — auf jeden Fall verleugnet man damit die von Gott gesetzte Grenze, verläßt das politische Handeln und lehrt die Erlösung durch Christus gering achten. Jede Partei, die solche Ziele in Aussicht stellt, wird zur Religion und macht das dringliche Heute um eines verschwommenen Morgen willen vergessen.“

Das ist einmal eine Sprache, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Kampf für ein auskömmliches Dasein, der Kampf für Frieden, für ein menschenwürdiges Leben bedeutet einen Verstoß gegen die göttlichen Grenzen. Warum? Weil er den Geldsack bedroht.

Hier ist eigentlich jeder Kommentar überflüssig . . .

Lastkraftwagen vom Zuge erfaßt

Ein Toter

Ottersberg, 18. Januar. Am Bahnübergang in Ottersberg ereignete sich am Dienstag ein schwerer Kraftwagenunfall. Ein Lastkraftwagen aus Delmenhorst fuhr gegen eine geschlossene Schranke, als ein Güterzug die Strecke passierte. Der Kraftwagen wurde überfahren und vollständig zertrümmert; der Fahrer erlitt so schwere Verletzungen, daß er an den Folgen verstarb. Ein Mitfahrer wurde schwer verletzt. Zwei auf dem Anhänger mitfahrende Handwerksburichen kamen mit dem Schrecken davon. Die Lokomotive des Güterzuges wurde so stark beschädigt, daß der Zug die Fahrt nicht fortsetzen konnte.

Madrid, 17. Januar. Der Schnellzug Madrid-Barcelona blieb bei der Durchfahrt auf der Station Cetina infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen. Dabei wurden drei Personen getötet und zahlreiche zum Teil schwer verletzt. Gerüchtwiese verlautet, daß es sich wieder um einen Sabotageakt handelt.

Wie aus Java gemeldet wird, ist der Vulkan Krakatau nach einigen Wochen der Ruhe wieder in Tätigkeit getreten. Aus dem Krater schiefen gewaltige Feuer- und Lavaströme bis zu 1000 Meter Höhe.

SA. marschieret . . . zur roten Front!

Sonnabend, den 21. Januar, um 20 Uhr spricht im Zirkus Busch der ehemalige Gaupropagandaleiter der NSDAP., ehemalige Leiter der SA-Führerschule, ehemalige Reichsschulungsobmann der „Schwarzen Front“,

Kamerad Wilhelm Korn

Mitglied der Reichsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Gruppenführer Edmund Heines

der schlesische Röhmling, erhält eine Stunde Redezeit, um den SA-Proleten klarzumachen, daß der „Kampf gegen das System“ gegen „sechs Millionen hungernde Proleten“ (siehe „SA-Mann“ vom 12. November 1932) geführt werden muß. Eintritt 30 Pfennig, reservierte Plätze 50 Pfennig und 1 Mark, Mitglieder des K.B. und der revolutionären Massenorganisationen 20 Pfennig. Starten an der Kasse. Kassenöffnung um 18 Uhr. Der Zirkus ist gut geheizt.

Kampfbund gegen den Faschismus, Bezirksverbandsleitung Schlesien.
Antifaschisten Breslaus! Heraus zum wichtigen Massenaufmarsch
 Umarmung um 18 Uhr. West: Striegauer Platz. Ost: Brodkauer Platz. Nord: Weissenburger Platz. Süd: Friedrichsplatz.

Lebens- und Umgebung

Breslau, 19. Januar 1933.

Traute Hodann über die Sowjetunion

Breslau. Alle diejenigen, welche sich aufs engste mit dem Lande der Arbeiter und Bauern verbunden fühlen und mit regstem Interesse die Entwicklung der Arbeiter- und Bauernmacht verfolgen, konnten am Dienstag durch den Vortrag der Genossin Traute Hodann noch neue Tatsachen erfahren.

In ausgezeichneter Form verstand es die Genossin Traute, den Versammelten an Hand ihrer Erfahrungen, die sie im Lande der Arbeiter und Bauern gesammelt hatte, aufzuzeigen, wie sich dort die Lage der Arbeiterschaft zusehends verbessert. Die Klassenverhältnisse in Deutschland drängen zu einer Entscheidung, welche dem Proletariat die Aufgabe stellt, die Massen für den sozialistischen Ausweg zu gewinnen. Auch ging die Genossin Traute auf die Lage der werktätigen Frauen ein, wobei sie besonders hervorhob, daß es gerade Lenin war, welcher betonte, daß ohne Frauen keine Revolution möglich ist. In klarer und verständlicher Weise verstand es die Referentin, den Versammelten aufzuzeigen, wie die Zusammenhänge im kapitalistischen System sind und welche Schlussfolgerung daraus die Arbeiterklasse zu ziehen hat. Auch ging die Genossin auf die Lage des Mittelstandes ein, wobei sie aufzeigte, daß auch diese Schichten unter dieser Krise des Kapitalismus proletarisiert werden. Es muß auch unsere Aufgabe sein, dieselben mit einzureihen in die geschlossene Kampffront gegen die herrschende Klasse. Der Beifall der Versammelten bewies, daß die Worte der Genossin Traute starken Anklang gefunden hatten. Auch die Mitwirkung der Roten Mäuser und der Mundharmonika-Festspiele West waren dazu angetan, die Veranstaltung auszugestalten.

Der Erfolg des Abends war eine Reihe Aufnahmen für die J.A.S. Wir begrüßen diese neuen Kämpfer in unseren Reihen in dem Erwartung, daß auch sie als aktive Mithelfer am Werk der Solidarität mirken werden.

Die Arbeiterschaft des Westens ermahnen wir, daß sie am heutigen Tage es sich nicht entgehen lassen darf, um in Hoffmanns Festreden die Genossin Traute zu hören.

Traute Hodann

die gefeierte Referentin, die Frau des bekannten sozialistischen Arztes Max Hodann, spricht über den Berliner Verkehrsarbeiterstreik und über die 15-Jahrfeier der russischen Revolution in Moskau.

Am Donnerstag, den 19. Januar um 20 Uhr (8 Uhr) in Hoffmanns Festreden Pöpelwitz
 J.A.S. Ortsgruppe Breslau.

Aus der Partei

Die ehemaligen Mitglieder der Zelle I Scheinwig Max K a b o t h, Bruno K e n t w i g und Kurt S c h o l z sind von der P.L. wegen parteischädigendem Verhalten und Verletzung der Partei aus der P.D. ausgeschlossen worden.

Kentwig und Scholz verbreiten das Gerücht, daß sie aus der Partei ausgetreten seien.

Die P.L. stellt dazu fest, daß der Austritt der Betroffenen erst am 16. Januar der P.L. mitgeteilt wurde, d. h. fast 14 Tage nach ihrem Ausschluss. P.L. Schließen der P.D.

Wie sich die Kreiszusammenlegung auswirkt!

Die Suche nach dem Kreisarzt und der Holzkasse

Ostau. Bereits in unserer Nummer vom Dienstag, den 17. Januar haben wir in einem Artikel aufgezeigt, daß sich die Auswirkungen der Kreiszusammenlegung in aller Schärfe gegen die werktätigen Schichten bemerkbar machen werden.

Wir sind deshalb heute in der Lage, bereits an Hand von zwei Fällen aufzuzeigen, wie diese Auswirkungen in Erscheinung treten.

Kam da neulich ein Bauer in den staatlichen Forsten nach Peisterwin, um sich das auf einer Aktion gekaufte, aber noch nicht bezahlte Holz abzuholen. Dieser Bauer, der aus dem Kreis Breslau war, lehnte gegen Mittag mit seiner Holzfuhr aus den Peisterwitzer Forsten nach Ostau zurück. Hier in Ostau wollte der Bauer auf der staatlichen Forstkasse nun das Holz bezahlen. Aber o weh! Nachdem der Bauer zwei Stunden lang die Forstkasse vergeblich gesucht hatte, wurde ihm mitgeteilt, daß durch die Verwaltungsreform die Forstkasse nach Bries verlegt worden ist. Dieser Bauer, der seit früh morgens um 5 Uhr unterwegs war, mußte jetzt seine Pferde ausspannen, dieselben in einem Gasthaus unterstellen und per Bahn nach Bries fahren, um dort das Geld für das gekaufte Holz zu bezahlen. In den späten Nachmittagsstunden gelangte dieser Bauer in seinem Besitzum an. Diese Weise hat dem Bauern fast mehr gekostet, als das gesamte Holz wert war. Dieses zeigt die Auswirkungen der Verwaltungsreform.

Wo ist der Kreisarzt?

Einem armen Teufel aus Daube, das fast an der Kreisgrenze von Ostau liegt, passierte folgendes: Er kam mit einem geborgten Wagen, welchen er bezahlen mußte, nach Ostau, um im Kreiskrankenhaus die Leiche eines Angehörigen zu holen. Im Kreiskrankenhaus wurde diesem Manne erklärt, daß der Kreisarzt die Leiche noch nicht frei ge-

Arbeiter von Heinesgarden niedergeschlagen

Mit Eisenstücken und Stahlruten gegen wehrlose Arbeiter — Sie haben an einem Überfall noch nicht genug — Woißschwiz soll noch mehr erleben

Woißschwiz. Die Hehreden, welche Fememörder Heines am vorigen Sonntag auf dem Schloßplatz bei dem Appell der SA und SA hielt, haben bereits dazu beigetragen, daß seine Garde einen erneuten Streifzug gegen die Arbeiter vollzogen hat. Diese verheßten Brauhemden, welche auf dem Gelände an der Umgehungsbahn hinter Woißschwiz, ihren Exerzierplatz haben, haben am Dienstag, dem 17. Januar von dort aus einen regelrechten Überfall auf die Woißschwitzer Arbeiterschaft durchgeführt.

Der Anlaß zu diesem bestialischen Vorgehen war folgender: Fünf Jungarbeiter, von welchen einer ein Abzeichen trug, gingen an diesem Gelände vorbei, als die Breslauer SA dort wie üblich ihre Übungen durchführte. Hierbei konnten die Jungproleten hören, wie einige dieser Gesellen erklärten:

Jetzt kommen die Kommunisten, die haben uns gerade noch gefehlt.

Die Jungproleten, nichts gutes ahnend, gingen stillschweigend ihren Weg, aber schon nach kurzer Zeit wurden sie von diesen Nazihorden verfolgt. Während sich vier von den Jungarbeitern durch Flucht einer bestialischen Behandlung entziehen konnten, wurde ein siebzehnjähriger Jungarbeiter von diesen Gesellen niedergeschlagen. Er wurde so schwer verletzt, daß sie der anderen vier Jungarbeiter nicht habhaft werden konnten, stürzten sie sich über einen mit einem Zentner Kohle des Weges kommenden Arbeiter her, und schlugen auch diesen mitten auf der Straße nieder.

Zu dieser mitgeordneten Nazihorde gesellte sich nun auch noch der Stahlhelmführer Böhm, welcher den SA-Leuten Anweisungen gab, wo die Geflüchteten zu finden seien. Hierbei ergab sich ein Wortwechsel zwischen Böhm und einem ehemaligen Stahlhelmmittglied, wobei Böhm dem ehemaligen Stahlhelmmittglied mit Ermiffion durch den Inspektor drohte. Hier spielte sich nun ein erneuter Vorfall ab.

In einer Stärke von 20 Mann, stürmten diese verlierten Horden in die Schmiede und fielen wie die Wilden über den ehemaligen Stahlhelmmann her. Als Werkzeuge benutzten sie Hammer, Eisenstübe und Stahlruten.

Auch mit Fußtritten gingen sie zu Werke, und richteten diesen Proletarier in der unmenschlichsten Art und Weise an.

Daß diese Gesellen mit diesem Überfall noch nicht befriedigt waren, daß ging daraus hervor, daß diese Horden sich zu Straßenkassanten äußerten:

Morgen kommen wir wieder, da soll Woißschwiz was erleben.

Dieser erneute bestialische Überfall der Nazihorden, die von Heines aufgepeitscht auf die Proleten gehetzt werden, ist ein weiterer Beweis dafür, auf welche Art und Weise die Heines u. Co. ihre SA- und SA-Garden bei der Stange halten wollen, und wie sie mit allen Mitteln die faschistische Terrorwelle gegen die antifaschistische Arbeiterschaft fortsetzen. Während die Breslauer Arbeiterschaft infolge der bestialischen Ermordung des Jungarbeiter Hanisch mit breiten Protestaktionen geantwortet hat, versuchen jetzt diese Helden ihr blutiges Handwerk in der Umgebung von Breslau fortzusetzen.

Höchste Wachsamkeit für die Arbeiterschaft ist unbedingt am Plage. Die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront ist eine dringende Notwendigkeit, wenn die Arbeiterschaft nicht will, daß sie mitten auf

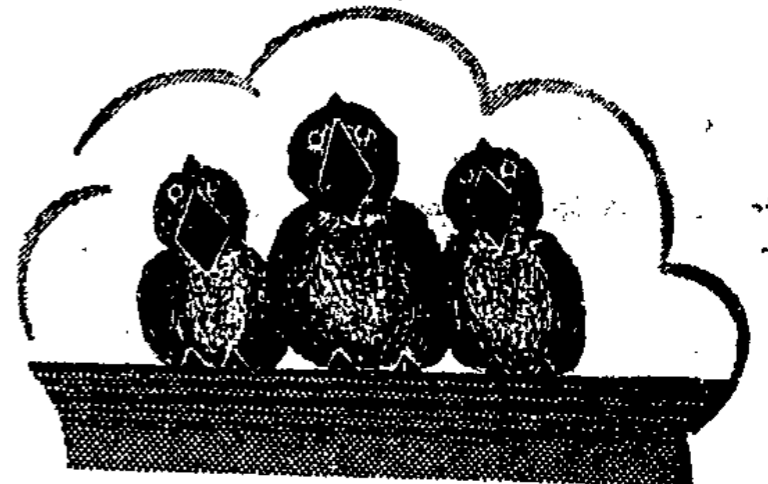
der Straße von diesen Terrorgruppen zusammengeschlagen wird. Die gesamte Arbeiterschaft von Woißschwiz muß sofort auf den Plan treten, und in geschlossener Einheitsfront den Abwehrkampf organisieren.

Jeder Arbeiter muß erkennen, daß er in den roten Massen selbstschutz gehört, um sich mit einzureihen in die antifaschistische Abwehrfront. Die Arbeiterschaft darf nicht zulassen, daß es diesen verheßten Heines-Garden noch weiter gelingt, sich auf wehrlose Arbeiter zu stürzen.

Schluß mit dem Arbeitermord und Naziterror, das muß die Parole aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei sein.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Walter S u c h a ; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred F e n d r i c h, Berlin. — Für Anzeigen: Albert C a l l a m, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Die Spatzen pfelens längst vom Dache Branntwein- u. Getreidekornmarken nur von Fache



Branntwein-Marken:

- Feiner Breslauer vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.40
- Feiner alter Breslauer der altertährte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
- Fache Edelmarke mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 20% Ltr.-Fl. 1.70
- Fache Krem die führende Qualitätsmarke, rassig, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 1.90
- Fache Exquisit pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 28% Ltr.-Fl. 2.30

Getreidekorn - Marken:

- Fache Weizenkorn der berühmte Breslauer Korn, in der Vollendung 32% Ltr.-Fl. 2.05
- Fache Roggenkorn sehr fein arom., die Elitequalität 32% Ltr.-Fl. 2.20
- Fache Getreidekorn unsere Standardmarke, etwas ganz Auserlesenes 37% Ltr.-Fl. 2.60
- Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken des Kontinents 42% 0,8 Liter in Original-Steinkrügen 2.50

Achtung! Fache-Weizenkorn nochmals billiger geworden



